

## Ökologie

# Fukushima mahnt – AtomkraftgegnerInnen gehen auf die Straße

Von Linda Martens | 1. April 2013

Kürzlich gab es wieder eine Meldung in den Medien: Die Reaktorkatastrophe von Fukushima, die sich am 11. März 2013 zum zweiten Mal jährte, ist nicht Geschichte – sie dauert an.

Noch immer geht akute Gefahr von dem havarierten Meiler aus. Doch Atomkraft wird weiterhin als eine Technologie mit Zukunft gehandelt – auch in der BRD, die angeblich den Ausstieg eingeläutet hat. Es gab also genug Anlass für die Anti-Atom-Bewegung, am 9. März 2013 auf die Straße zu gehen und Präsenz zu zeigen.

Kürzlich gab es wieder eine Meldung in den Medien: Die Reaktorkatastrophe von Fukushima, die sich am 11. März 2013 zum zweiten Mal jährte, ist nicht Geschichte – sie dauert an.

Noch immer geht akute Gefahr von dem havarierten Meiler aus. Doch Atomkraft wird weiterhin als eine Technologie mit Zukunft gehandelt – auch in der BRD, die angeblich den Ausstieg eingeläutet hat. Es gab also genug Anlass für die Anti-Atom-Bewegung, am 9. März 2013 auf die Straße zu gehen und Präsenz zu zeigen.

Nach Angaben der VeranstalterInnen haben sich am 9. März 2013 insgesamt 28.000 Menschen an vier Standorten in der BRD an den Demonstrationen beteiligt: In Gronau in NRW forderten 1.200 Menschen die sofortige Stilllegung der dort betriebenen Urananreicherungsanlage.

Im bayrischen Günzburg protestierten 3.500 AtomkraftgegnerInnen gegen den Weiterbetrieb des nahe gelegenen AKW Grundremmingen, 3.000 waren es beim AKW Neckarwestheim in Baden-Württemberg. Die größte Demonstration fand rund um das niedersächsische AKW Grohnde statt: 20.000 Menschen simulierten hier den Ernstfall im Radius von rund 40 Kilometern um den Atommeiler, was der Evakuierungszone von Fukushima entspricht.

Am 10. März 2013 demonstrierten 2.000 AtomkraftgegnerInnen gegen das grenznahe Kernkraftwerk Tihange in Belgien, darunter mehrere hundert aus dem Rheinland.

An Orten und Anlässen für weitere Demonstrationen mangelt es nicht

Nicht nur, dass mit Hilfe aus der BRD in anderen Ländern weiterhin Atomkraft betrieben wird – auch in der BRD selbst ist die Atomlobby kontinuierlich aktiv.

Neun AKW sind nach dem „Ausstieg“ in der BRD noch in Betrieb. Die meisten von ihnen sollen bis 2022 weiter laufen.

An Nordrhein-Westfalen ist der „Ausstieg“ komplett vorüber gegangen.

Nicht nur, dass die besagte Urananreicherungsanlage in Gronau weiterhin die ganze Welt mit ihrem

strahlenden Produkt beliefert, in Zusammenarbeit mit der nicht weit entfernten Uranfabrik in Lingen. Immerhin 10 % des weltweiten Bedarfs an Uran für AKW werden so gedeckt. Schon der benötigte Rohstoff für diese Fabriken wurde quer durch die Republik transportiert, ebenso wie anschließend ihr Müll.

In Duisburg wird unbeirrt die direkt neben einem Wohngebiet gelegene Atommüll-Konditionierungs- anlage weiterbetrieben.

An den diversen Standorten befinden sich außerdem „Zwischenlager“ für Atommüll.

Das Brennelemente-„Zwischenlager“ in Ahaus wurde Ende 2009 mit einer neuen Genehmigung ausgestattet und steht seitdem wieder für den ungebrochen stattfindenden Atommüll-Tourismus zur Verfügung.

Bekanntlich ist das Problem des endgültigen Lagerns von strahlendem Abfall wie gehabt ungelöst, die existierenden Lager sorgen für eigene Probleme.

Bei der Forschung werden dessen ungeachtet weiterhin Millionen an öffentlichen Geldern in Atomkraft investiert. Es existieren hierfür diverse Forschungsreaktoren, zum Beispiel in Berlin, Jülich und Karlsruhe, die ebenfalls Gefahrenquellen darstellen.

Kosten und Nutzen der Atomenergie sind klar verteilt: Die Energiekonzerne kassieren, die große Mehrheit der Menschen zahlt.

Wir zahlen für die Profite der Wenigen mit unfreiwilligen Geschenken an die Atomlobby, zum Beispiel in Form von überhöhten Kosten für Energie und für die Entsorgung des uns hinterlassenen radioaktiven Drecks und im schlimmsten Fall auch mit Gesundheit und Leben.

Es gibt noch eine Menge „Handarbeit“ zu tun bis zum tatsächlichen Ausstieg. Ein großer Schritt in diese Richtung wäre die Enteignung und Vergesellschaftung der Energiekonzerne – ihre jetzigen Eigentümer sind längst von uns ausgezahlt.

Dieser Beitrag wurde publiziert am Montag den 1. April 2013

in der Kategorie: **Ökologie**, **RSB4**.